

**Protokoll Nr. 39/53
der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees
am 21. Juni 1953, 11.00 – 17.00 Uhr**

Tagesordnung:

1. Tagung des Zentralkomitees
2. Normenfragen
3. Stromsperren
4. Wohnungsbau
5. Bezahlung der Streiktage
6. Fragen der Erfassung
7. Provokationen und Sabotageakte bei der Reichsbahn
8. Direktive an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen
9. Sofortmaßnahmen zur unmittelbaren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung

Anwesende Mitglieder: Grotewohl, Ulbricht, Oelßner, Rau, Ebert, Matern, Zaisser
(zeitweise)

Anwesende Kandidaten: Ackermann, Schmidt, Honecker, Herrstadt,

Es fehlten: Pieck Kur
Mückenberger dienstlich verhindert
Jendretzky dienstlich verhindert

Sitzungsleitung: Grotewohl
Protokollführung: Honecker

Behandelt:Beschlossen:1. Tagung des Zentralkomitees:

Das Zentralkomitee wird zu einer außerordentlichen Tagung für heute, den 21. Juni 1953, 22.00 Uhr einberufen.

Tagesordnung:

Erklärung über die unmittelbaren Aufgaben der Partei

Berichterstatter: Grotewohl

Dem Entwurf der Erklärung des Zentralkomitees wird zugestimmt.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

2. Normenfragen:

1) Den Lohnabrechnungen sind ab sofort Normen, die am 1.4.1953 Gültigkeit hatten, zu Grunde zu legen.

2) Die Genossin Greta Kuckhoff, Präsidentin der Deutschen Notenbank, wird beauftragt, ihre Kreditpolitik in den nächsten 4 Wochen so durchzuführen, daß keinerlei Störungen in der Lohnzahlung eintreten.

3. Stromsperrn:

Die täglichen Stromabschaltungen bei der Bevölkerung sind im III. Quartal 1953 durch Einschränkungen im Stromverbrauch der Schwer- und Grundstoffindustrie aufzuheben.

Das Staatssekretariat für Energie wird beauftragt, für die weitere Regelung der ausreichenden Stromversorgung der Bevölkerung in den Wintermonaten die erforderlichen Vorschläge der Regierung bis zum 1. August 1953 zu unterbreiten.

4. Wohnungsbau:

Der Bau und die Instandsetzung von Wohnungen, besonders in den großen Städten und Industriezentren, ist beträchtlich zu erhöhen.

Aus Einsparungen durch Herabsetzung der Investitionen bei der Schwer- und Grundstoffindustrie sind für die Gewinnung von neuem Wohnraum, Neubau, Ausbau, Reparaturen sowie für die Instandsetzung von Straßen für das Jahr 1953 über den bisherigen Plan hinaus zusätzlich Investitionsmittel und Lizenzkredite in Höhe bis zu 600 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

5. Bezahlung der Streiktage:

Die durch Beteiligung an den volksfeindlichen Kundgebungen und Streiks versäumte Arbeitszeit ist den betreffenden Arbeitern und Angestellten nicht zu bezahlen. Allen anderen Arbeitern und Angestellten, die während dieser Tage schuldlos Arbeitszeit einbüßten, ist diese mit 90% des Tariflohnes zu vergüten. Wo die Feststellung über die Beteiligung auf Schwierigkeiten stößt, genügt eine entsprechende schriftliche Erklärung des betreffenden Arbeiters oder Angestellten an die Betriebsleitung als Nachweis.

Diejenigen Arbeiter und Angestellten, die sich an

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

der Arbeitsniederlegung beteiligt haben, können die 90 % Tariflohn für die ausgefallene Arbeitszeit nur unter der Bedingung erhalten, daß sie sich schriftlich verpflichten, die versäumte Arbeitszeit auf ihren Urlaub anrechnen zu lassen oder sie innerhalb eines Monats nachzuarbeiten.

6. Fragen der Erfassung:

Den Vorschlägen für die Erfassung wird zugestimmt.

Schlußredaktion Genosse Scholz

(Anlage Nr. 1) [handschriftlich:] nachträglich gestrichen

7. Provokation und Sabotageakte bei der Reichsbahn:

Den 1. Bezirkssekretären ist folgende Mitteilung zu geben:

1) Der Minister für Eisenbahn richtet an die Eisenbahner eine Dankerklärung über ihre bisherige aufopferungsvolle Arbeit und macht sie aufmerksam auf die Gefahr von Provokationen. Die politische Arbeit unter den Lokomotivführern und dem Personal ist in allen Eisenbahndienststellen noch heute zu verstärken.

2) Zur Information wird mitgeteilt, daß die staatlichen Organe folgendes veranlaßt haben: Die Bahnhöfe und Bahnhofsdepots sind durch Transportpolizei und durch kasernierte Volkspolizei zu sichern. Die Bahnmeistereien sind zu schützen. Die Basa-Räume (Bahntelefon) sind zu sichern. Betriebsfremden ist der Zutritt zum Bahnhofsgelände unmöglich zu machen. Alle Eisenbahnzüge werden mit Gruppen der Transportpolizei besetzt und außerdem im ersten Wagen mit 5 Mann kasernierter Volkspolizei.

3) Die politische Arbeit unter den Lokomotivführern und Eisenbahnern ist mit Hilfe von Aufklärungsgruppen sofort zu verstärken.

Die Mitglieder der Industriegewerkschaftsleitungen Eisenbahn sind für ihre Arbeit anzuleiten und zu kontrollieren. Für jeden Direktionsbezirk wird ein Stab gebildet unter der Leitung des Abteilungsleiters für Transportwesen des Ministeriums für Staatssicherheit. Diesem Stab gehört ein Politleiter an, der vom 1. Bezirkssekretär der

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Partei bestimmt ist und einer der leitenden Funktionäre der Bezirksleitung sein muß.

4) Es wird gemeldet, daß feindliche Elemente am Montag Sitzstreiks organisieren wollen. Wir ersuchen, die Agitatoren in den Betrieben zu verstärken. Im Falle von Sitzstreiks sind die Organisatoren zu verhaften.

Feindliche Elemente wollen zu einem bestimmten Zeitpunkt Sirenen und andere Signale ertönen lassen. Diese Signaleinrichtungen sind zu sichern.

5) Genossin Elli Schmidt wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Schwerpunktversorgung für die Eisenbahn sofort organisiert wird.

8. Direktive an die 1. Bezirkssekretäre:

Der Direktive an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen wird zugestimmt.

(Anlage Nr. 2)

9. Sofortmaßnahmen zur unmittelbaren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung:

Dem Beschluß über Sofortmaßnahmen zur unmittelbaren Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsgütern wird zugestimmt.

(Anlage Nr. 3)

gez. O. Grotewohl

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 39/53 vom 21. Juni 1953Direktive an die 1. Bezirkssekretäre

Das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gibt den Bezirksleitungen der SED folgende Direktive:

Es ist notwendig, daß die Partei in die Offensive kommt und sich fest mit den Massen verbindet. Das Zentralkomitee der SED veröffentlicht in der Nacht vom 21. zum 22. Juni 1953 eine Erklärung über die Lage und über die unmittelbaren Aufgaben der Partei. Diese Erklärung ist zugleich Richtlinie für die Referate in Betriebsversammlungen, Wohngebietsversammlungen und für die Agitatoren.

Folgende Maßnahmen halten wir für dringend notwendig:

- 1) Organisierung von Abteilungs- und in mittleren Betrieben von Belegschaftsversammlungen, in denen der Inhalt der Erklärung des Zentralkomitees erklärt wird. Zur Vorbereitung dieser Versammlungen ist das Parteiaktiv des Betriebes zusammenzunehmen und Partei- und Mitgliederversammlungen in den Grundorganisationen durchzuführen. Als Referenten sollen sich Mitglieder des Zentralkomitees, der Bezirksleitungen der Partei, leitende Funktionäre des Staatsapparates und andere leitende Funktionäre auftreten. Über die Versammlungen, in denen führende Genossen sprechen, soll in der Presse berichtet werden. Es sind Vertrauenskundgebungen für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands durchzuführen. Die Tätigkeit der Provokateure ist zu verurteilen. Für die Beschlüsse der Partei vom 9. Juni und der Regierung vom 11. Juni 1953, die den Interessen der Bevölkerung und der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands dienen, sind Zustimmungserklärungen vorzuschlagen.
- 2) Wo durch die Verstärkung der Arbeiter in den Betrieben und Wohngebieten Vorbereitungen getroffen sind, sollen von der Partei in der nächsten Woche Demonstrationen organisiert werden. Erklärung des ZK gibt Richtlinie für die Rede.
- 3) Die Kreisleitungen sollen Genossen des Parteiaktivs, vor allem Mitarbeiter des Parteiapparates, des Staatsapparates sowie des Apparates der demokratischen Massenorganisationen für eine großzügige, systematische Organisations- und Propagandaarbeit mobilisieren. Die Agitatoren und Propagandisten sind zu diesem Zweck für einige Tage von der beruflichen Arbeit freizustellen. Die Schüler aller Parteischulen sind auf 2 Wochen für die Agitations- und Propagandaarbeit in den Betrieben und unter der Bevölkerung zu mobilisieren. Die Lehrtätigkeit in diesen Schulen wird für 2 Wochen eingestellt.
- 4) Es sind Parteiaktivtagungen durchzuführen, in denen leitende Funktionäre des Partei- und Staatsapparates referieren. An diesen Tagungen ist die Erklärung des Zentralkomitees auf die konkrete Lage im Kreis oder Ort anzuwenden. Die Beschlüsse der Regierung über die nächsten wirtschaftlichen Maßnahmen und die wirtschaftlichen Maßnahmen, die in der Erklärung des Zentralkomitees enthalten sind, sind besonders zu popularisieren.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

- 5) Nach den Parteiaktivtagungen sind in allen Grundorganisationen Mitgliederversammlungen durchzuführen.
- 6) In den Bezirks- und Kreisleitungen muß täglich eine Gruppe von Agitatoren tätig sein, die die Argumentation für die Betriebszeitungen und den Betriebsfunk und für die Agitatoren ausarbeitet. Es sind regelmäßig in den Kreisen Seminare mit den Agitatoren und Propagandisten durchzuführen.
- 7) Die leitenden Organe der Partei und die Parteikontrollkommissionen sollen jene Fälle untersuchen, wo sich Mitglieder der SED als aktive Teilnehmer und Organisatoren der Provokationen und der regierungsfeindlichen Aktionen gezeigt haben, wo SED-Mitglieder offen zum Streik aufgerufen haben und als Mitglieder von Streikleitungen aktiv tätig waren. In diesen Fällen sind gegen solche Mitglieder die Bestimmungen des Parteistatuts anzuwenden (Einleitung von Parteiverfahren, Absetzung von leitenden Funktionen und Ausschluß aus der Partei).
- 8) Die leitenden Genossen des FDGB und der Industriegewerkschaften sind laufend zu informieren. Ihnen ist zu helfen bei der Organisierung der Massenarbeit in den Betrieben. Wo Funktionäre des FDGB aktiv als Organisatoren der Streiks aufgetreten sind, wird die zuständige Stelle des FDGB die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen.
- 9) Den Genossen der FDJ ist zu empfehlen, Leitungssitzungen und Aktivtagungen durchzuführen über das Thema „Die gegenwärtige Lage und die Aufgabe der FDJ-Mitglieder bei der Verwirklichung der Beschlüsse des Zentralkomitees der SED und der Regierung der DDR“.
Die Leitungen der FDJ sollen prüfen, wo sich Funktionäre der FDJ aktiv an Provokationen und regierungsfeindlichen Demonstrationen beteiligt haben und die erforderlichen Schlußfolgerungen ziehen.
Die Leitungen der FDJ sollen ihre Arbeit besonders dort verstärken, wo es sich gezeigt hat, daß ein größerer Teil der Jugendlichen unter feindlichem Einfluß stand und an regierungsfeindlichen Demonstrationen teilgenommen hat.

[Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/293, Bl. 1-7.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---